

Die Zeitung



Die Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Entgeltungswiese usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag: Ullstein, GmbH, Unter den Eichen 87, Berlin, D. 1. Verlagsleiter: Hans J. Borchardt, Berlin, D. 1. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Nummern: Ullstein Akt. D. 1000-1005, für den Verleger Akt. D. 1006-1008. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 800.

Deutschnationale Klage Der Staatsgerichtshof zu Unrecht angerufen

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Preussischen Landtag hat beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage gegen das Land Preußen mit dem Antrag auf Feststellung erhoben, daß die Teilnahme der preussischen Beamten beim Volksbegehren und Wollensgesetz grundsätzlich zulässig und die dagegen gerichteten Klagen des preussischen Staatsministeriums verfassungswidrig seien. Sie hat gleichzeitig ein „einführendes Verlangen“ beantragt, die Anordnung treffen soll, daß sich das Staatsministerium einweisen alle antilichen Klagen und Anweisungen zu erledigen hat, durch die die Teilnahme der preussischen Beamten an dem Volksbegehren verboten oder für unzulässig erklärt werden, sowie daß die bereits erfolgten Klagen und Anweisungen zurückgenommen werden.

Der Staatsgerichtshof hat bereits Termin zu mündlicher Verhandlung über den Antrag auf Feststellung der Verfassung und eventuell zur Verfügung auf den 22. Oktober anberaumt.

Wie ist die Rechts- und Sachlage zu beurteilen? Die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion gründet sich auf die Auffassung, daß durch die Klagen des preussischen Ministerpräsidenten in der Landtags-Sitzung vom 16. Oktober die in Art. 130 der Reichsverfassung niedergelegten staatsbürgerlichen Rechte der Beamten verfassungswidrig verletzt worden sind. Die Klage ist demnach dem Staatsgerichtshof mit dem Verlangen, die Verfassungswidrigkeit festzustellen, gestellt worden. Die Klage ist demnach dem Staatsgerichtshof mit dem Verlangen, die Verfassungswidrigkeit festzustellen, gestellt worden.

Die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion gründet sich auf die Auffassung, daß durch die Klagen des preussischen Ministerpräsidenten in der Landtags-Sitzung vom 16. Oktober die in Art. 130 der Reichsverfassung niedergelegten staatsbürgerlichen Rechte der Beamten verfassungswidrig verletzt worden sind. Die Klage ist demnach dem Staatsgerichtshof mit dem Verlangen, die Verfassungswidrigkeit festzustellen, gestellt worden.

Die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion gründet sich auf die Auffassung, daß durch die Klagen des preussischen Ministerpräsidenten in der Landtags-Sitzung vom 16. Oktober die in Art. 130 der Reichsverfassung niedergelegten staatsbürgerlichen Rechte der Beamten verfassungswidrig verletzt worden sind. Die Klage ist demnach dem Staatsgerichtshof mit dem Verlangen, die Verfassungswidrigkeit festzustellen, gestellt worden.

Die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion gründet sich auf die Auffassung, daß durch die Klagen des preussischen Ministerpräsidenten in der Landtags-Sitzung vom 16. Oktober die in Art. 130 der Reichsverfassung niedergelegten staatsbürgerlichen Rechte der Beamten verfassungswidrig verletzt worden sind. Die Klage ist demnach dem Staatsgerichtshof mit dem Verlangen, die Verfassungswidrigkeit festzustellen, gestellt worden.

Die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion gründet sich auf die Auffassung, daß durch die Klagen des preussischen Ministerpräsidenten in der Landtags-Sitzung vom 16. Oktober die in Art. 130 der Reichsverfassung niedergelegten staatsbürgerlichen Rechte der Beamten verfassungswidrig verletzt worden sind. Die Klage ist demnach dem Staatsgerichtshof mit dem Verlangen, die Verfassungswidrigkeit festzustellen, gestellt worden.

anden, was übrigens der Reichsdisziplinarhof auch wiederholt ausgesprochen hat, so findet aber zur Entgehnung der Frage, ob der Beamte in der Art seiner Betätigung die erforderlichen Grenzen innehält, ausschließlich die Disziplinarvorschriften zu beurteilen. Sie allein haben darüber zu entscheiden, ob die Betätigung eines Beamten nach den Bestimmungen der Reichsverfassung in Abwägung mit den besonderen Grundbedürfnissen des Beamtenrechts zulässig oder unzulässig ist. So heißt es in einer Begründung des OStB. S. 612) auch: „Für den Grundbedürfnis der Deutschen, wie sie in der Reichsverfassung geregelt sind, nehmen die Beamten nur in den Schranken teil, die ihnen durch die sie betreffenden Sondergesetze, insbesondere durch die Disziplinarvorschriften, auferlegt sind. Über die Grundsätze für die hinsichtlich des Beamten obliegenden Pflichten haben die zuständigen Dienstaufsichtsbehörden zu wachen.“

So steht damit also der Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion an der zur Zurückweisung des Staatsgerichtshofs in

Artikl 19 der Reichsverfassung vorgezeichneten Voraussetzungen, daß kein sonstiges Gericht zur Erledigung der Streitigen Frage befähigt darf. Es stellt weiter an der Sachlage eines Verfassungsstreites überhaupt, da durch die Erklärung des Ministerpräsidenten nicht eine Auslegung der Verfassung, sondern eine Auslegung des Beamtenrechts vorgenommen worden ist. Dr. H. W.

Der Reichsgerichtspräsident * hat die Verhandlungen über den deutschnationalen Antrag auf ungenügend 10½ Uhr anberaumt. Für heute hat er bereits — eine ungewöhnliche Maßnahme — telegrafisch den Reichsjustizminister einberufen. Der Reichsjustizminister ist die höchste Instanz für Ministerpräsidenten der Reichsbeamten, ihr Vorsitzender ist der Reichsgerichtspräsident. Seine gutachtliche Beurteilung soll den Richtern des Staatsgerichtshofs übermittelt werden.

Die Antwort des Rheinlands

Das sogenannte Volksbegehren liegt nunmehr fünf Tage zur Unterzeichnung auf. Das ist mehr als ein Drittel der Gesamtzahl. Der Sonntag hat in Berlin und in einer Reihe anderer Orte eine etwas größere Beteiligung gebracht. In anderen Bezirken ist sogar dieser Tag, der bei den früheren Volksbegehren eine Verstopfung oder Überfüllung des Eintretens brachte, ohne wesentliche Beteiligung verlaufen.

Das gilt besonders vom Rheinland, das in den letzten Monaten zum Sammelpunkt der Hitler-Bewegung gemacht worden ist. Hier ist es bei der ersten Veranstaltung in R. in großem und eine außerordentlich große Menge Reiziger angezogen. Das negative Ergebnis dieser außerordentlichen Anstrengungen beweist, daß die rheinische Bevölkerung gegen das Gift der Verhöhnung immun geblieben ist.

Einsige Hiffer: in R. beträgt die Zahl der Stimmberechtigten 600.000. In den fünf ersten Tagen sind insgesamt 1787 Eintretungen erfolgt. Die Sonntagserfolge betrug 287.

In Teier, das dem der Politik der Reichsregierung im nächsten Jahr auf Befreiung hofft, haben sich einschließlich des Sonntag 40 Verurteilungen ereignet. In Mainz waren es etwa 100 Tote. Im Saarn, das über den Weg der Umwandlung in ein Volksbegehren die Verfassungspolitik Streifens zu bewahren, geradezu als Belegung. In K. ist es bisher nicht eine einzige Eintretung erfolgt. Ebenso steht es in den anderen Städten und Dörfern des Gebiets.

Rothen, die Hauptstadt der Rheinprovinz, bisher die Rheinland-Kommision, brachte bei den letzten Reichstagswahlen 471 Stimmen für die Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Um so häufiger das Ergebnis der Eintretung. In den ersten fünf Tagen waren es 334. Das hat nicht 66. Die Zahl der Eintretungen ist demnach, wenn am ersten Tag waren es noch 122, am Sonntag nur noch 47. Auch in den übrigen Orten des Rothen Gebiets sind die Eintretungen verhältnismäßig gering, obwohl sich auch hier die Nationalsozialisten unter Ausnutzung der Reizstoffe der Weingüter und anderer Bevölkerungsströme einzufinden hatten.

Gleichfalls der Bezirk Aachen, der demnach befreit werden wird. In der Großstadt Aachen sind in fünf Tagen 208 Personen in den Eingangslisten erschienen. Die Abklärung der Disziplinartätigkeit ist im Rheinland so hart, daß auch die Freie Bewegung ernst werden, die außerhalb der Freigangsgänge selbst eine Lösung der Rechten, wie die Wappengestaltung Varnen-Eberfeld brachte in den fünf ersten Tagen nur 1499 Eintretungen. Nicht viel mehr sind es in Düsseldorf, dem Zentrum der Schwerindustrie. Sogar Bonn hat den beiden Unversitäten erzählt sich abnehmend: in fünf Tagen 328 Eintretungen bei 65 500 Stimmberechtigten!

150 Passagiere fliegen im Do X

Friedrichshagen, 21. Oktober Das Flugzeug „Do. X“ ist heute vormittag 11.15 Uhr bei herrlichem Wetter mit 150 Passagieren und 10 Mann Besatzung zu einem Flug über das Rhenlandgebiet gestartet. Die Landung erfolgte um 12.05 Uhr. Die Passagiere haben zufriedenstellend geurteilt.

Der Industriebezirk

Weder die Ergebnisse aus dem eigentlichen Industriebezirk liegen ebenfalls offen vor, die eine einmütige Ablehnung gleichkommen. Wenn in Groß-Bonnand einschließlich des Sonntag 700 Eintretungen erfolgten, so ist dies eine klare Stimme an Engenber, der sich an der Spitze des Reichsbundes Berlin hat. Offen, das neue Eingemischten die dreißigste Stadt Westdeutschlands, der Mittelpunkt des süderelblichen Einflusses, brachte bisher im Tagesdurchschnitt knapp 300 Eintretungen, während die Zahl der Eintretungen, die sich mit besonderem Eifer für Engenber eingestellt hat, im Tagesdurchschnitt 260, was viel geringer ist als die Differenz in Bonnand, Eintretungen, 200 bis 150 Eintretungen täglich erfolgten, und zwar einschließlich des Sonntag. Engenber brachte 118 Eintretungen in fünf Tagen, die Provinzialparlamentarier 500. Bemerkenswert ist auch, daß der Geschäftsführer der Engen Industrie- und Handelskammer, Dr. Reichlin, der einen Ruf für die im Volksbegehren unterzeichnet hatte, nachträglich seine Unterzeichnung zurückgezogen hat.

Berlin

In Berlin ist am Sonntag das Ergebnis des ersten Tages der Reichsverfassung bekannt. Nachdem der Sonntag nur 1427 Eintretungen gebracht hatte, wurden gefolgt 25 634 vorgenommen. Das Gesamtresultat der ersten fünf Tage betrug für Groß-Berlin 98 823, bei 3,1 Millionen Stimmberechtigten.

Bei dem kommunistischen Volksbegehren gegen den Parteitag trat in Berlin der erste Sonntag 37 000 Eintretungen, bei dem Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung mit 106 000.

Mitteldeutschland

In Mitteldeutschland — Provinz Sachsen, Freistaat Sachsen, Provinz Hannover — sind die Organisationen, die das Volksbegehren betreiben, besonders hart. Aber auch hier bleibt das Ergebnis weit hinter den Erwartungen zurück. In der Stadt Hannover mit 440 000 Einwohnern wurden in fünf Tagen 2663 Eintretungen vorgebracht. Das bei jeder die Eintretung am ersten Tage verhältnismäßig häufig mit 1335 Eintretungen, aber dann ging es rapid abwärts. Am Sonntag waren es nur noch 401. In Leipzig, das in den ersten vier Tagen bei der Fürstenabfindung über 28 000 Eintretungen aufbrachte, wurden bisher 2634 Eintretungen vorgebracht. In Dresden war ein Sonntag eine etwas größere Beteiligung, aber trotzdem betrug die Gesamtzahl hier erst 5200. Angehörig, der Hauptstadt des Staates, mit 320 000 Stimmberechtigten, ergab einschließlich des Sonntag 6611 Eintretungen. Selbst hier war die Mittelzahl keinesfalls erreicht worden.

Aus dem Groß-Bamberger Gebiet wird mitgeteilt, daß dort auch am Sonntag die Beteiligung schwach war. Die Millionen-Berlin Hamburg zählt gefolgt 2510 Eintretungen, insgesamt in allen fünf Tagen 8600. In Saarburg am Sonntag 95, in Hagen 21, in Bamberg 75.

Bayern lehnt ab

In München, wo bei dem Volksbegehren für die Fürstenabfindung fast 100 000 Stimmen gezählt wurden, ist die bisherige Ergebnisse der Eintretung zum „Freiheits-Gesetz“ sehr schwach. Der heutige Sonntag brachte die „Hochzahl“ von 2549 und damit in den fünf Tagen 2488 Stimmen. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswert, da die Fürstenabfindung fast 100 000 Stimmen gezeichnet wurde, während die Fürstenabfindung fast 100 000 Stimmen gezeichnet wurde, während die Fürstenabfindung fast 100 000 Stimmen gezeichnet wurde.

konkreter, als die Deutschnationalen in Fragen Regierungspartei sind und die Hilflosigkeit ihrer Verleumdungsmaschine mit dem „Schwarz-Report“ mit unerschütterlichem Selbstvertrauen bis in die hintersten Winkel des Reichstages drinnen getragen haben. Trotzdem sind die Eintragungen auf dem Zettel ganz richtig. In Gemeinden mit 3000—4000 Einwohnern betragen sie gewiß nicht ein Duzend. Auch die Verträge, die Haus a Mittelbach vorzulegen, sind mangelhaft. Jedenfalls liegt es dem ehemaligen Parteipräsidenten, der sich in Verleumdungsaufträge eine Garantie verschaffen will, daran, seinen im Oktober 1924 in einem Gutachten mit seinen letzten Redaktionsorganisations die Eintragungen nur folgendermaßen zu fassen. In Verleumdungen, wo zahlreiche persönliche Offiziere wohnen, haben sich bis Sonntag 60 Personen eingeschrieben. In Traunstein, eine Stadt von fast 10 000 Einwohnern, sind es nicht viel mehr.

In Frankfurt a. M. war auch am Sonntag mit 354 Eintragungen das Ergebnis fast identisch. Ingefaßt in fünf Tagen 2024.

Im Ofen

In Pommern geht ein Aufruf gegen das Volksbegehren in Lauf. Der von 240 führenden Männern unterzeichnet ist. Auf dem letzten Lauf wird hier ein Ratler Druck auf die obhängrigen Geistlichen ausgeübt. Die Städte des Bezirks stehen fast alle unter deutschnationalem Einfluß. Aber auch hier trifft zu, was der rechtsradikale Heißsporn General Vignam in dem Rheinischen Blatt entwirft schreibt: „Die Eintragungen erfolgen mit großer Beschäftigung und Zurückhaltung.“ In Götting, das 1928 fast 2000 deutschnationale Stimmen aufbrachte, erfolgte in den ersten vier Tagen 2070 Eintragungen, in Göttingen 34 000 Einwohner. Für Kassel (14 000), Braunschweig (10 000), Bielefeld (10 000), Greifswald (2000) und Schweinfurt (1500) liegen die Differenzen einschließlic des Sonntags vor.

Am Sonntag, der als Haupttag für die Eintragungen zum Volksbegehren gelten sollte, haben sich in Breslau insgesamt nur 1308 Wähler und Wählerinnen in die Listen eingetragen. Zusammen sind in den ersten fünf Tagen 2072 Eintragungen erfolgt, was gegenüber einer Stimmgabe von über 77 000 der Deutschnationalen und der rechts-radikalen Parteien bei den letzten Reichstagswahlen sicherlich ein höchstes Ergebnis genannt werden muß.

Konkursbeschwerde der Gläubiger

1,8 Millionen Aktien und 10,8 Passiven.

Die Konkursbeschwerde der Berliner Gläubiger, die am Freitag beim Landgericht eingereicht worden war, und in der die Zurückhaltung des Amtsrates als Mittel angeführt worden war, weil die Privatgläubiger, nämlich die drei Brüder, nicht im Bereiche des Amtsrates Berlin-Mitte wohnen, ist abschlägig befriedigt worden. Das Landgericht hat erklärt, daß die Zurückhaltung gegen sie, da der Wohnort der offenen Gläubigerklasse nicht in Berlin-Mitte lag befände und die im Interesse einer einheitlichen Durchführung des Konkurses das Amtsratsgericht auch über das Vermögen der privaten Gläubiger den Konkurs verwalten könne.

Von Interesse ist weiter die Feststellung des Amtsrates, die den Gläubigern die Erklärung der Gläubiger über ihr Verbleiben nicht überfordert. In den Entscheidungsgründen heißt es nämlich, daß nach den bisherigen Feststellungen die Aktien der A.-B.-G. 1,8 Millionen Wert betragen, während die Passiven auf 10,8 Millionen Wert belaufen. Obwohl wurde die Behauptung in der Beschwerde der drei Brüder zurückgewiesen, daß ihr Betrag mit der Stadt Berlin, die bis 1935 geht, finanziell einen erheblichen Wert darstelle. Durch die Aufhebung dieses Vertrages durch den Magistrat seien die Werte, die das Abkommen an sich verbrieflicht, immo die Gläubiger.

Stadtratswahl weitervernehmen

Am Ende des heutigen Tages ist die Berechnung des früheren kommunalpolitischen Stadtrats Gabel, die am Sonntag unter der Aufsicht des stellvertretenden Stadtrats begann und in der Abstimmung abgelesen wurde, wieder aufgenommen worden. Die Aufzeichnungen gegen Gabel legen den Verdacht nahe, daß die Wahlprüfung des Monopolvertrages mit den Brüdern Gläubiger und die Verteilung, die er von ihnen empfangen, in wirtschaftlicher Zusammenhang stehen.

Der Gläubiger-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages wird sich am Mittwoch nachmittags konstituieren. Die erste Sitzung ist lediglich formaler Art. Den Vorsitz führt der kommunalpolitische Abgeordnete G. Schmalz.

Wieder ein Kriegsverbrecher begnadigt

Der Reichspräsident hat auf Antrag des Reichsgerichtspräsidenten Gossner den wegen Mordes zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglicher Zuchthaus begnadigten Landwehmann Troche als zwölfjähriger Strafverbrecher begnadigt. Troche ist bereits aus dem Zuchthaus entlassen worden.

Troche hatte im Jahre 1916 nach einer längeren Verbannung seinen Urlaub überschritten, aber dann wiederum aus Angst vor Bestrafung planlos ohne Urlaub untergetaucht. Bei dem Versuch, sich durch die Durchführung der Wohnung zu verschleiern, begann er einen Brand zu legen, den das Brandgericht im Jahre 1917 mit 11½ Jahren Zuchthaus aburteilte. Das Reichsgericht hat das Verbrechen als Mord an und verurteilte ihn in der Revisionsoberinstanz zum Tode.

Poincaré erneut operiert

Paris, 21. Oktober | Ulstein-Nachrichtendienst
Der ehemalige Ministerpräsident Poincaré, dessen Allgemeinzustand sich in den letzten Tagen merklich gebessert hat, hat heute die bereits fast längerer Zeit in Aussicht genommen zweiten Operation unterzogen. Der chirurgische Eingriff, der bereits heute morgen um 7 Uhr vorgenommen wurde und über eine Stunde gedauert hat, ist nach den Mitteilungen der Ärzte glänzend verlaufen. Auch das Allgemeinzustand des Patienten gibt zu keinerlei Besorgnis Anlass. Ammorgen wird mit einer ziemlich langen Genesungsdauer gerechnet werden können.

Linkswohlen in Frankreich

Für den Senat

Paris, 21. Oktober | Ulstein-Nachrichtendienst
Die letzten Senatssitzungen haben einen bemerkenswerten Sieg der Linken ergeben. So erzielten: Rechte 18 (6 verloren), Mittelpartei 14 (2 gewonnen), demokratische Mitte 59 (3 gewonnen), Sozialisten 3 (1 Gewinn), Sozialisten 4 (ausserachtet). Die Rechte hat somit nicht weniger als ein Viertel ihrer bisher umgesetzten Mandate eingebüßt, was ihnen die Hälfte der „demokratischen Union“ (der Sozialisten der radikalsten Partei) zuzurechnen werden, während die Sozialisten einen „demokratischen radikalen Union“, die in der Kammer dem rechten Flügel angehört, im Senat aber dem Zentrumsozialisten zugeordnet werden kann, zueigegenommen.

Die Sozialisten im Senat, die auch früher schon die absolute Majorität innehatten, verfügen jetzt über 169 von 214 Stimmen.

Abbe Haegy unterlegen

Strasbourg, 21. Oktober | Ulstein-Nachrichtendienst

Wohi der heftigste Wahlkampf spielte sich im Oberelsaß ab. Der Hauptstreiter des elsischen Katholizismus und der mit ihm zusammenarbeitenden Gruppen der Heimatbewegung, Abbe Haegy, hatte zum ersten Male in der Wahlkampfzeit ein gewinnlich, sich um ein Mandat zu bewerben. Die Bewegung, die sich der hohen politischen Feindschaft des Elses, der Autonomisten und Nationalautonomen, bemächtigt hatte, hatte sich auch in vollem Maße auf die Senatssitzungen übertragen. Abbe Haegy Haupt-

gegner, der Abgeordnete Dr. Pfleger, hat sich nun zu Fall gebracht. Von 927 Stimmberechtigten erhielt Dr. Pfleger nach hartem Kampf 438 Stimmen, Abbe Haegy 441, der Sozialist Marty 5 Stimmen, der Rest war gestrichelt. Dr. Pfleger erhielt im Oberelsaß, namentlich in Bingenkreifen, viel persönliche Arbeit, namentlich die Unterstützung der radikalsten Partei und namentlich der Sozialisten, die ihren Kandidaten Haegy, der im ersten Wahlgang 160 Stimmen erhalten hatte, im letzten Wahlgang zurückgab. Nicht die Bürgermeister von Mittel-

Die Wahlhandlung dauerte in höchster Form den ganzen Tag über, da nicht weniger als drei Wahlgänge nötig waren. Der ersten Wahlgang leitete Haegy nur etwa 30 Stimmen zur absoluten Mehrheit. Während der kurzen Pausen zwischen den einzelnen Wahlgängen kam es zu hitzigen Ausfahrten unter den Delegierten, bei denen es selbst zu Tätlichkeiten kam und auch zu einem Einschreiten des Wahlleiters, auch die Anhänger Haegys entzogen den gefälligen Anstellungen im Appellhof, wo sich die Wahl abspielte, Plakate anheften. Der Präsident des Zentralrats hatte mit den Anhängern Haegys eine lebhafte Auseinandersetzung bis schließlich die Wahl beendet wurde.

In Paris, wo man ein Eingehen des Abbe Haegy in den Senat mit gemischten Gefühlen entgegengesehen hätte, wird der Ausgang der Wahl sicher mit Befriedigung aufgenommen werden. Die sie die Zeichen eines Stimmungsumschwungs der Bevölkerung umgeben der Autonomistenbewegung zu deuten ist, wie man im Lager der obliegenden Parteien auch bestimmte behauptet, wird sich erst bestätigen, wenn die nächsten allgemeinen Wahlen zu erneuern haben. Nichtig ist aber, daß Haegy und seine Anhänger mit großer Gerechtigkeit auf einen Erfolg gerechnet haben.

Herriot gegen die Rechte

Zulauf zum Parteienag in Reims

Paris, 21. Oktober | Ulstein-Nachrichtendienst

Der ehemalige Ministerpräsident Herriot hat gestern auf dem radikalen Kongress des Rhone-Departements in Lyon eine bedeutsame politische Rede gehalten. Was für den bevorstehenden Parteienag in Reims besonders wichtig ist, ist die Tatsache, daß sich Herriot unheimlich für das Verbleiben der Partei in der Opposition, d. h. also gegen jedes erneute Zusammengehen mit der Rechtspartei, sowie auch die Firmierung einer „nationalen Union“ unter der Herrschaft Poincarés erklärt. Herriot war den Gefahren drohter Bündnisse mit der Rechten reiflos überzeugt zu haben.

Er wies in seiner Rede darauf hin, daß die Regierung nicht gemacht habe, das Gesetz über die Wiederzulassung der Ministerpräsidenten, das den Anstoß zur Gründung der nationalen Union durch die Radikalen gegeben hatte, dem Senat vorzulegen. Mit diesem Verzicht aber sei es nicht getrieben, fuhr Herriot dann fort; was heute durch die Wiederzulassung der Staatsfinanzen vor allem notwendig sei, sei eine gerechte Durchführung der Steuerreform.

Ein Hauptbestandteil seiner Rede befaßte sich Herriot mit

der Außenpolitik, indem er erklärte, „gerade auf dem Gebiete der Außenpolitik werden nach dem Wiederjahren der Staatsminister die Parteien zu arbeiten müssen.“ Hier aber sei die Frage im höchsten Grade verod. Brand wurde von einem Radikalen und einer Mehrheit unterstützt, die keine dieselbe Republikanität aus währende bestmüß hätten, die im Jahre 1924 von Ministerpräsidenten betrieben worden sei, und trotzdem bestmüßig die regierungsmässige Parteien aus heute noch als die schimmlichen Überlebten am nächsten Interesse.“ Zwischen uns und der Rechten stehen Herriot, der Herriot aus, die heute viel höher stand als je; für ihn sind auch die Radikalen, sondern aus Geld und Geldinteresse ausgehen. „Die Rechten werden endlich daran denken“, erklärte Herriot weiter, „Frankreich eine denartig starke Armee zu geben, daß sie fremde und Feind in Schach halten können? Was haben wir dabei mit dieser Politik erreicht? Man habe den Frieden bedroht habe den daß Deutschland erwidert und die Fremdenpolitik Englands gebrochen. Erst nach Sheeres, Bowcote und der Sonner Konferenz sei dieser Mann wieder gebrochen worden.

Vom Schluß erklärte Herriot seine Zustimmung zu den „frankreichischen Ideen der Vereinigung Europas“. Während des Tages habe man den Willen vertrieben, alles zu tun, um die Wiederkehr eines solchen Bündnisses zu vermeiden. „Wenn Schmar heute heute nicht schon getroffen“, schloß Herriot, „oder aber werden ihn nie vergessen.“

Beneß an die Deutschen

Endgültige Regelung des Minderheiten-Problems

Prag, 21. Oktober | Ulstein-Nachrichtendienst

Außenminister Dr. Beneß, der vierfach schon als Ministerpräsident der künftige vermutlich zögerliche Koalition bezeichnet wird, sprach in einer Wählerversammlung in Westböhmen über das Nationalitätenprogramm der kommenden Regierung. Der größte Teil der Zuhörerbestanden habe die neue Situation begrüßt. Es könne jetzt festgestellt werden, daß es keine Grund für Gebietsverluste nicht am einen kulturellen Entwurf geben, sondern um die Teilnahme an der Regierungsmacht.

Wir wollen, sagte Beneß, den Deutschen unbedingte Gleichheit und Gerechtigkeit zuteil werden lassen; reichlich wird sie sich selbständig mit unserem Staat identifizieren und sich von dem Glauben freimachen, daß sie durch fremde Schritte Gefolge erleben können. Wir immer können unsere Interessen nicht in der Position ohne Schaden verlieren. Dazu sind sie zu sehr mit unserer Wirtschaft verflochten. Der Staat nimmt ihre Wirtschaft an und will das deutsche Problem mit Würde, Gerechtigkeit und Gerechtigkeit regeln. Die Deutschen müssen bedenken, daß sie nicht so stark und wir nicht so schwach sind, daß sie uns hundertjährig werden können. Was wir ihnen versprochen, werden wir auch halten: faire Verträge — gute Freunde.

Wir haben jetzt festgestellt, daß eine endgültige Regelung der Minderheiten- und Grenzfragen im Grunde notwendig ist, nicht nur für den Staat. Die Minderheitenfrage wird vollständig erfüllt und ein technisch-administratives Problem werden. So wird es auch im Verhältnis zu den Slowaken und Ungarn in der Reichsversammlung werden.“

Das interessante an der Rede Beneßes ist, daß er offenbar eine grundsätzliche Regelung des deutsch-slowakischen Problem auf Grund vertraglicher Ermahnungen beschließt, während das bisherige Verhältnis der deutschen Regierungsparteien zu den

slovakischen Regierungsparteien eine verzweifelte Bemühung erforderte und nur auf der Gleichheit der Staatsbestehen der deutschen Regierung mit der slowakischen Regierung, der deutschen christlich-politischen Partei mit der slowakischen Christlichen Volkspartei und der deutschen Oberpartei mit der slowakischen Oberpartei aufgebaut war.

Radoslawow †

Der ehemalige bulgarische Ministerpräsident Raffi Radoslawow ist nach schwerer Krankheit heute in der Berliner Charité gestorben.

Radoslawow, der ein Alter von 72 Jahren erreicht hat, lebte fast zum Zusammenbruch Bulgariens im Weltkrieg als Präsident in Bulgarien. Dem Staatsmann, der als Ministerpräsident 1915 den Bündnis mit den Mittelmächten abschloß, wurde von seinen politischen Gegnern 1921 der Vorwurf wegen Hochverrats gemacht. Das Urteil lautete auf lebenslängliches Gefängnis. Im Juni 8. hat die bulgarische Kammer durch ein besonderes Gesetz Radoslawow amnestiert. Er hätte nun in die Heimat zurückkehren können. Aber Radoslawow war damals schon ein vom Tode Gezeichnete, lag schwer krank in der Charité. Und im April ist Radoslawow gestorben.

Arbeiter-Regierung in Austrafrken

Camberra, 21. Oktober (W. T. B.)

Premierminister Bruce, der früher der bei den letzten Wahlen gescheiterten nationalitätsoberpartei Koalition, hat dem Generalgouverneur seine Demission überreicht. Der Führer der Radikalen, Gullin, wurde, wie erwartet, mit der Radikalenbildung beauftragt. Die neuen Minister werden morgen in einer Versammlung der Arbeiterpartei gewählt.

Weitener Verlauf der Börse

Kurse gegen 2 Uhr
Daimler 34 1/2, Hannover 20 1/2, Berlin 210 1/2, G. Farben 10 1/2, A. E. G. 12 1/2, Gestirft 10 1/2, S. Harber 13 1/2, E. Licht 10 1/2, Siemens u. Halske 23 1/2, Salzwed. 22 1/2, ...

5532, Disconto 100, Berliner Handel-Ges. 108 1/2, Dt. Bank 100, ...
Der Rückgang der Kursnotierungen wies sich auch am 11. Okt. ...

Titelnummer vom 15. Okt. für diesen Dezember ab 1914, per Saldo ...
Paul A. Henckels A.G. Solingen, Wieder 0 pCt.

Amlicke Kurse der Berliner Börse vom 21. Oktober 1929

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including sections for 'Termin-notierungen', 'Festverzinsliche Werte', and 'Banken'.

Fortlauf. Notierungen

Table listing various commodities and their prices, including sections for 'Schwefelkohlenstoff', 'Kautschuk', and 'Metalle'.

Table listing various commodities and their prices, including sections for 'Metalle', 'Kautschuk', and 'Schwefelkohlenstoff'.

Table listing various commodities and their prices, including sections for 'Metalle', 'Kautschuk', and 'Schwefelkohlenstoff'.

Table listing various commodities and their prices, including sections for 'Metalle', 'Kautschuk', and 'Schwefelkohlenstoff'.

Table listing various commodities and their prices, including sections for 'Metalle', 'Kautschuk', and 'Schwefelkohlenstoff'.

Table listing various commodities and their prices, including sections for 'Metalle', 'Kautschuk', and 'Schwefelkohlenstoff'.

Table listing various commodities and their prices, including sections for 'Metalle', 'Kautschuk', and 'Schwefelkohlenstoff'.